

## **NIEDERSCHRIFT**

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses der  
Stadt Lüdenscheid**

**am 24.06.2013**

**im Ratssaal**

### **Anwesend:**

#### **Vorsitz des Hauptausschusses:**

Bürgermeister Dieter Dzewas

#### **von der SPD-Fraktion:**

Ratsherr Rolf Breucker  
Ratsherr Jan Eggermann  
Ratsfrau Eveline Haue  
Erste Stellvertretende Bürgermeisterin  
Verena Szermerski-Kasperek  
Ratsherr Jens Voß

Vertreter für Ratsherrn Ingo Diller  
Vertreter für Ratsfrau Ullrich

#### **von der CDU-Fraktion:**

Ratsherr Norbert Adam  
Ratsherr Oliver Fröhling  
Ratsherr Rüdiger König  
Ratsfrau Susanne Mewes  
Zweite Stellvertretende Bürgermeisterin Ursula Meyer

#### **von der FDP-Fraktion:**

Ratsfrau Brunhilde Gromball  
  
Ratsherr Jens Holzrichter

Vertreterin für Ratsherrn  
Oliver Petrosch

#### **von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:**

Ratsherr Otto Bodenheimer  
Ratsfrau Kirsten Petereit  
Grünen

Bündnis 90/Die

#### **von der Lüdenscheider Liste:**

Ratsfrau Angelika Linnepe

#### **von der Fraktion DIE LINKE**

Ratsherr Dietmar Skowasch-Wiers

#### **Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:**

Ratsherr Stephan Haase  
Ratsherr Peter Oettinghaus

### **Gäste:**

Herr Thomas Berger, THW Lüdenscheid  
Herr Martin Walter, Feuerwehr Lüdenscheid

### **Verwaltung:**

Erster Beigeordneter Wolff-Dieter Theissen  
Stadtkämmerer Dr. Karl Heinz Blasweiler  
Techn. Beigeordnete Marion Ziemann  
Herr Martin Bärwolf  
Herr Hermann Scharwächter  
Herr Michael Walker  
Herr Wolfgang Padur

bis zum Ende der öffentlichen  
Sitzung

### **Schriftführung:**

Frau Kerstin Marré

### **Abwesend:**

#### **von der SPD-Fraktion:**

Ratsherr Ingo Diller  
Ratsfrau Ramona Ullrich

#### **von der FDP-Fraktion:**

Ratsherr Oliver Petrosch

Beginn: 17:15 Uhr

Ende: 18:54 Uhr

### **1. Öffentliche Fragestunde**

Es liegen keine schriftlichen Anfragen aus der Bürgerschaft vor.

### **2. Bericht des THW über seinen Einsatz im Hochwassergebiet bei Magdeburg**

Bürgermeister Dzewas begrüßt Herrn Berger vom THW.

Herr Berger berichtet über die Einsätze des THW in den Hochwassergebieten Jerichow, Fischbeck und Wust.

Die Präsentation ist der Originalniederschrift als Anlage beigefügt und zur Information im Ratsinformationssystem eingestellt.

Bürgermeister Dzewas bedankt sich auch im Namen des Rates und der Verwaltung für die geleisteten Einsätze des THW auch bei örtlichen Veranstaltungen, wie zum Beispiel dem „Autofreiem Volmetal“ und dem Stadtparkfest.

Im Anschluss unterbricht Bürgermeister Dzewas die öffentliche Sitzung des Hauptaus-schusses und übergibt Herrn Spieckermann das Wort.

Herr Spieckermann berichtet, dass er von den weiteren Hilfsaktionen des THW aus der Presse erfahren habe. Die Anwohner des Burgunder-, Normannen- und Jütenweges hätten

vor ca. zehn Jahren die Pflege für eine Verkehrsinsel übernommen und würden seit dem alle zwei bis drei Jahre gemeinsam ein Straßenfest feiern. Für diese Feste hätte die Nachbarschaft eine stille Reserve in Höhe von 468,00 € angespart. Dieser Betrag sei auf 500,00 € aufgerundet worden und solle nun dem THW für die Beschaffung einer neuen Pumpe gespendet werden.

Bürgermeister Dzewas bedankt sich bei Herrn Spieckermann auch für das bürgerschaftliche Engagement in seinem Stadtteil.

Ratsherr Fröhling regt spontan an, dass die Ratsmitglieder ihr Sitzungsgeld der nächsten Ratssitzung am 08.07.2013 ebenfalls spenden sollten. In der Summe kämen hierbei ca. 1.000,00 € zusammen, die ebenfalls für Anschaffungen des THW im Wert von 2.500,00 € verwendet werden könnten. Er bäte daher darum, dass die Verwaltung für die Sitzung des Rates entsprechende Verzichtserklärungen für die Mitglieder vorbereite. Bürgermeister Dzewas sagt dieses zu.

### **3. Bericht der Feuerwehr Lüdenscheid über die Unwettereinsätze am 20. und 21.06.2013**

---

Zu diesem Punkt begrüßt Bürgermeister Dzewas Herrn Walter von der Feuerwehr Lüdenscheid.

Herr Walter berichtet über die Einsätze der Feuerwehr aufgrund des Sturmtiefs „Manni“ am 20. und 21.06.2013.

Die Präsentation ist der Originalniederschrift als Anlage beigefügt und zur Information im Ratsinformationssystem eingestellt.

Bürgermeister Dzewas bedankt sich bei den Einsatzkräften der Feuerwehr.

### **4. Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplans der Stadt Lüdenscheid Vorlage: 067/2013**

---

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig folgenden

#### **Beschluss:**

1. Die Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplans der Stadt Lüdenscheid wird in der aus der Anlage ersichtlichen Fassung beschlossen.
2. Der Erreichungsgrad von 80 % bleibt weiter gültig.
3. Die Funktionenstärke wird weiterhin auf 9 Funktionen festgelegt.
4. Die Hilfsfrist bleibt für das Schutzziel 1 bei 8 Minuten und für das Schutzziel 2 bei 13 Minuten.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 17

**5. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Anpassung von Zuständigkeiten in Bereichen gemeinsamer Grenzverläufe für die Aufgaben nach § 1 Abs. 1 des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung (FSHG) zwischen der Stadt Lüdenscheid und der Gemeinde Herscheid**  
**Vorlage: 056/2013**

---

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig nachstehenden

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Anpassung von Zuständigkeiten in Bereichen gemeinsamer Grenzverläufe für die Aufgaben nach § 1 Abs. 1 des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung (FSHG) in der als Anlage beigefügten Form mit der Gemeinde Herscheid zu schließen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 17

**6. Betreuungsplätze für unterdreijährige Kinder - Anpassung der Versorgungsquote**  
**Vorlage: 063/2013**

---

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Die Auswertung der Betreuungssituation von Lüdenscheider Kindern zum 01.08. 2013 wird zur Kenntnis genommen.

Die Bedarfsplanung wird der Quote von 42,6 % angepasst, d.h. es sind - ausgehend vom Platzangebot im Kindergartenjahr 2013/2014 - weitere 78 Betreuungsplätze für unter dreijährige Kinder in Kindertageseinrichtungen zu schaffen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 17

**7. Feststellung der amtlichen Einwohnerzahl mit Stand vom 09.05.2011 auf Grundlage des Zensus 2011**  
**Vorlage: 102/2013**

---

Ratsherr Fröhling nutzt diesen Bericht, um auf die vor einigen Monaten von der CDU-Fraktion vorgeschlagene Aufstellung eines Masterplans hinzuweisen. Seinerzeit habe es seitens der anderen Fraktionen Bedenken gegeben, dass dies unter der Federführung der CDU erfolgen könne. Man habe daraufhin vereinbart, dass die Fraktionen gemeinsam Maßnahmen entwickeln könnten, um den Trend des Einwohnerrückgangs zu stoppen. Er er-innere daher die Verwaltung, mit der Aufstellung des Masterplans offiziell zu beginnen. Hierbei sollten auch Vereine, Verbände, Gewerkschaften, Parteien und interessierte Bürger eingebunden werden.

Bürgermeister Dzewas teilt hierzu mit, dass er seinerzeit darum gebeten habe, dass die Verwaltung hierzu nähere Informationen aus der interfraktionellen Runde benötige. Dies sei bisher nicht erfolgt. Die Verwaltung könne aber erst dann tätig werden, wenn diese Informationen vorlägen.

Ratsherr Fröhling schlägt darauf hin vor, dass die CDU-Fraktion entsprechende Vorschläge unterbreiten und auf die anderen Fraktionen zukommen würde.

Ratsherr Voß teilt hierzu mit, dass zu diesem Thema eine interfraktionelle Sitzung anberaumt werden müsse.

Bürgermeister Dzewas schlägt vor, dass eine interfraktionelle Sitzung in der Woche vor den Sommerferien zu diesem Punkt stattfinden könnte. Die Terminkoordinierung würde die Verwaltung übernehmen.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Voß teilt Bürgermeister Dzewas mit, dass die Verwaltung die amtlichen Einwohnerzahlen auf Grundlage des Zensus akzeptieren werde. Eine Korrektur des Melderegisters könne nicht erfolgen, da die Verwaltung hierzu eine eigene Be-völkerungszählung durchführen müsste.

Herr Padur, Fachdienst Bürgeramt, berichtet, dass der genaue Stand der Einwohnerzahl nicht zu ermitteln sei. So passiere es häufig, dass getrennt lebende Eltern beide ihr Kind in unterschiedlichen Städten angemeldet hätten. Hier würde der Zensus nur das jüngste Meldedatum berücksichtigen. Des Weiteren gebe es große Abweichungen in den Lüdenscheider Senioreneinrichtungen. Darüber hinaus würden viele Studenten ihr Elternhaus als Nebenwohnsitz angeben.

Nach weiterer kurzer Aussprache nehmen die Mitglieder des Hauptausschusses den Bericht formell zur Kenntnis.

**8. Feststellung des Jahresabschlusses und Verwendung des  
Jahresergebnisses des Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetriebes  
Lüdenscheid für das Jahr 2012  
Vorlage: 075/2013**

---

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig folgenden

**Beschluss:**

1. Der Jahresabschluss des Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetriebes Lüdenscheid zum 31.12.2012 sowie der Lagebericht werden in der vorgelegten Form mit einer Bilanzsumme von 7.268.040,30 Euro und einem Jahresüberschuss von 1.008.803,70 Euro festgestellt.
2. Der Jahresüberschuss 2012 des Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetriebes Lüdenscheid in Höhe von insgesamt 1.008.803,70 Euro wird auf neue Rechnung vorgetragen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 17

**9. Satzung über die Gebühren des Stadtarchivs Lüdenscheid**  
**Vorlage: 068/2013**

---

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Die als Anlage 2 beigefügte Satzung über die Gebühren des Stadtarchivs der Stadt Lüdenscheid sowie die zugehörige Anlage gem. § 2 (2) der Satzung über die Gebühren des Stadtarchivs der Stadt Lüdenscheid wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 17

**10. Benennung einer Fußwegeverbindung im Glatzer Park zwischen der Honseleer Straße über die Glatzer Straße bis zur Elbinger Straße mit der Bezeichnung "Kaplan -Hirschfelder-Weg"**  
**Vorlage: 062/2013**

---

Bürgermeister Dzewas gibt folgende Korrektur bekannt:

Bei dem in der Begründung der Beschlussvorlage aufgeführten vorgesehenen Legendenschild stehe „Seligsprechung am **19.9.2010** in Münster“. Richtig sei: „Seligsprechung am **19.09.2010** in Münster“.

Anschließend empfiehlt der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Die Wegeverbindung von der Honseleer Straße über den Park und der Glatzer Straße (Glatzer Denkmal) bis zur Straße Im Eichholz und bis zur Elbinger Straße wird in „Kaplan-Hirschfelder-Weg“ benannt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 17

**11. Dienstreise nach Romilly-sur-Seine, Frankreich**  
**Vorlage: 078/2013**

---

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Die Dienstreise für Frau Zweite Stellvertretende Bürgermeisterin Ursula Meyer, Ratsherrn Jan Eggermann, Ratsherrn Jens Holzrichter und Herrn Peter Arens vom 04. bis 07. Oktober 2013 nach Romilly-sur-Seine, Frankreich, wird genehmigt.  
Die Dienstreisegenehmigung gilt im Falle der Verhinderung auch für eine Vertreterin bzw. einen Vertreter.

## **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 17

---

## **12. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen**

---

### **12.1. Bekanntgaben**

---

#### **12.1.1. Erwin Welke**

Bürgermeister Dzewas verliest folgende Bekanntgabe:

Durch eine Presseanfrage der WAZ hat die Stadt am 17.06.13 Kenntnis von einem Gutachten des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in der ehemaligen DDR erhalten, das die sog. „Jahn-Behörde“ im Auftrag des Bundestages erstellt und vor kurzem Bundestagspräsident Norbert Lammert übergeben hat. Es geht darin um die Untersuchung von Stasiverbindungen von Abgeordneten und ihres Umfeldes. Darin enthalten ist auch ein Abschnitt zu Lüdenscheids ehemaligem Oberbürgermeister und Ehrenbürger Erwin Welke, der von u. a. von 1949 bis 1969 auch Abgeordneter des Deutschen Bundestages war. Die Stadt Lüdenscheid hat eine Grundschule nach Erwin Welke benannt und ihm 1971 die Ehrenbürgerwürde verliehen. Erwin Welke war auch Träger des Bundesverdienstkreuzes. Er verstarb 1989.

Das Gutachten benennt in einem Kapitel neun Fälle einer belegten IM-Tätigkeit von Abgeordneten für die Stasi. Dazu gehört Erwin Welke nicht. In einem anderen Kapitel befasst sich das Gutachten mit elf Verdachtsfällen, bei denen es um die Deutung problematischer Karteikarten aus dem sog. Bestand „Rosenholz“ geht. Bei ihnen deuten die Eintragungen jeweils auf eine länger andauernde Verbindung zur HV A hin. *(Anmerkung: HV A = Hauptverwaltung Aufklärung = Auslandsgeheimdienst der DDR – Teil des Ministeriums für Staatsicherheit – Stasi).*

Erwin Welke gehört zu diesen Verdachtsfällen; er wurde lt. Gutachten von der HV A zwischen April 1955 und April 1982 als Hauptperson des IMA-Vorgangs „Gustel“ geführt, der als sehr ergiebig eingestuft wird. Vermerkt ist Welkes Tätigkeit als Redakteur der Westfälischen Rundschau und eine Zugehörigkeit zum Parteivorstand der SPD, nicht jedoch seine Funktion als Abgeordneter. Das Gutachten stellt aber auch fest: (Zitat: „Doch ob Erwin Welke bewusst für den DDR-Geheimdienst arbeitete oder ob sich die HV A die Informationen unter einer Legende beschaffte, kann allein anhand der dürftigen Überlieferungslage nicht geklärt werden“).

Nach Bekanntwerden des Gutachtens hat sich die Verwaltung direkt mit der „Jahn-Behörde“ in Verbindung gesetzt, um zu erkunden, ob von dort ggf. noch weitere Erläuterungen zur weiteren Aufklärung der Sachlage gegeben werden können. Im Ergebnis ist dazu festzuhalten, dass lt. Stasi-Unterlagenbehörde bei dem aktuellen Erkenntnisstand die Unschuldsvermutung gilt. Da die Akten von der Stasi weitgehend vernichtet worden seien, stehen derzeit nur Karteikarteneinträge zur Verfügung. Mit denen allein lässt sich eine bewusste IM-Tätigkeit von Erwin Welke nicht schlüssig nachweisen. Es sei nicht belegbar, ob Informationen bewusst geliefert wurden oder ob Erwin Welke „abgeschöpft“ wurde.

Dementsprechend vorsichtig ist auch das Fazit des Gutachtens in diesem Punkt formuliert in dem es u. a. heißt: „Für die öffentliche Debatte und die historische Analyse bedeuten vor allem die Verdachtsfälle eine Herausforderung. Es wäre falsch, einem Abgeordneten auf der Grundlage unzureichender Belege eine Agententätigkeit zu attestieren. Doch es wäre ebenso unredlich, vorhandene Hinweise zu ignorieren. Stets gilt es, die gesamte Bandbreite der Interpretationsmöglichkeiten in Betracht zu ziehen, ohne voreilig Schlussfolgerungen abzuleiten“.

Dem schließt sich die Verwaltung an und schlägt vor, abzuwarten und zu beobachten, wie sich die weitere Befassung des Deutschen Bundestages mit dem Gutachten gestaltet. Dazu ist hier bislang nur eine Pressemitteilung des parlamentarischen Geschäftsführers der SPD-Fraktion bekannt, die vorschlägt, dass sich der Bundestag ausführlich mit den Ergebnissen in Form eines Symposiums befasst.

## **12.2. Beantwortung von Anfragen**

---

### **12.2.1. Parkfläche hinter dem alten Amtsgericht**

---

Die Beantwortung der Anfrage des Rats Herrn Adam in der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 27.05.2013 ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Ratsherr Adam erkundigt sich, wann mit einer Antwort des Bau- und Liegenschaftsbetriebes des Landes Nordrhein-Westfalen zu rechnen sei. Technische Beigeordnete Ziemann antwortet, dass die Verwaltung hierauf keinen Einfluss habe. Sollte von dem Betrieb nach einem für die Prüfung benötigten Zeitraum keine Antwort vorliegen, würde die Verwaltung sich erneut erkundigen. Sobald neue Informationen vorlägen, würde wieder berichtet.

### **12.2.2. Aufstellung des Schildes "Lüdenscheid Offen für alle! keine Gewalt"**

---

Die Beantwortung der Anfrage des Rats Herrn Bodenheimer in der öffentlichen Sitzung des Rates am 10.06.2013 ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

## **12.3. Anfragen**

---

### **12.3.1. Nutzung der Cateringbereiche der Fachhochschule Südwestfalen und des Finanzamtes durch Bahnreisende**

---

Ratsherr Oettinghaus fragt an, ob Bahnreisende die Cateringbereiche in der Fachhochschule Südwestfalen und des Finanzamtes nutzen könnten.

Des Weiteren fragt er an, ob die Möglichkeit bestehe, dass sich Bahnreisende bei schlechtem Wetter im vorderen Raum der Fachhochschule oder in den Räumlichkeiten des Finanzamtes aufhalten könnten.

Bürgermeister Dzewas sagt Prüfung und Beantwortung zu.

gez. Dieter Dzewas  
Vorsitzender

gez. Kerstin Marré  
Schriftführerin